

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Dresden Nr. 31302
Zentral-Verlag: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: C. 1111 Dresden, Straßße Dresden Nr. 608
Postfach-Konto: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Gründung: täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kunstl., Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen werden die 5gepaltene Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gepaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzverboten und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gebühr geleistet. Inserationsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Kontur d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
91. Jahrgang

Nr. 43

Sonabend/Sonntag, den 22./23. Februar

1930

Immer wieder Gefahr einer Regierungskrise

Die Freitagsgespräche im Reichstag haben das Schicksal des Polenabkommens immer noch nicht endgültig geklärt. Im vereinigten Reichstagsausschuss besteht nach wie vor eine starke Stimmung zugunsten einer Ausnahme des polnischen Liquidationsabkommens aus den Youngabmachungen. Ob ein dahingehender Beschluss des Ausschusses eine Kabinetskizze zur Folge haben wird, ist eine Frage, über die das Kabinett noch nicht entschieden hat. Mit der Möglichkeit einer Regierungskrise muß in einem solchen Falle gerechnet werden. Der vereinigten Ausschuss dürfte kaum vor Anfang nächster Woche endgültige Beschlüsse fassen.

Nach einer Meldung aus Warschau soll der dortige deutsche Gesandte Rauscher die materalen Verhandlungen über das deutsch-polnische Handelsabkommen zu Ende geführt haben. Polen soll aber zu einer Ratifizierung dieses Vertrages nur bereit sein, nachdem Deutschland das Liquidationsabkommen ratifiziert hat.

Wenn sich diese Nachrichten bestätigen, dann würde das den Versuch bedeuten, einen neuen Druck auf Deutschland im Sinne der Annahme des Liquidationsabkommens auszuüben.

Moldenhauers „Begabten-Prüfung“

Da die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien ergebnislos verlaufen sind, wird der Reichsfinanzminister nunmehr dem Reichskabinett sein eigenes Finanzprogramm vorlegen. Der Minister hat ausdrücklich erklärt, daß er auf seinen Plan der Vervollständigung der Arbeitslosenversicherung nicht verzichte, dagegen den anderen Deckungsvorschlägen des noch verbleibenden Fehlbetrages von 100 Millionen RM. skeptisch gegenüberstehe (für 150 Millionen Mark ist bekanntlich eine

Deckung durch den Verkauf von Reichsbankvorzugsaktien so gut wie sichergestellt). Das Programm des Reichsfinanzministers dürfte sich etwa folgendermaßen gestalten: Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent mit einem Mehrertrag von etwa 270 Millionen Mark, Zollerhöhung für Kaffee und Tee (bereits vom Kabinett beschlossen) mit einem Mehrertrag von etwa 50 Millionen Mark und drittens ein Gesetz, demzufolge die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den restlichen Fehlbetrag durch innere Maßnahmen zu decken hat. Am Dienstag werden diese Vorschläge voraussichtlich dem Kabinett vorgelegt und dort beraten werden.

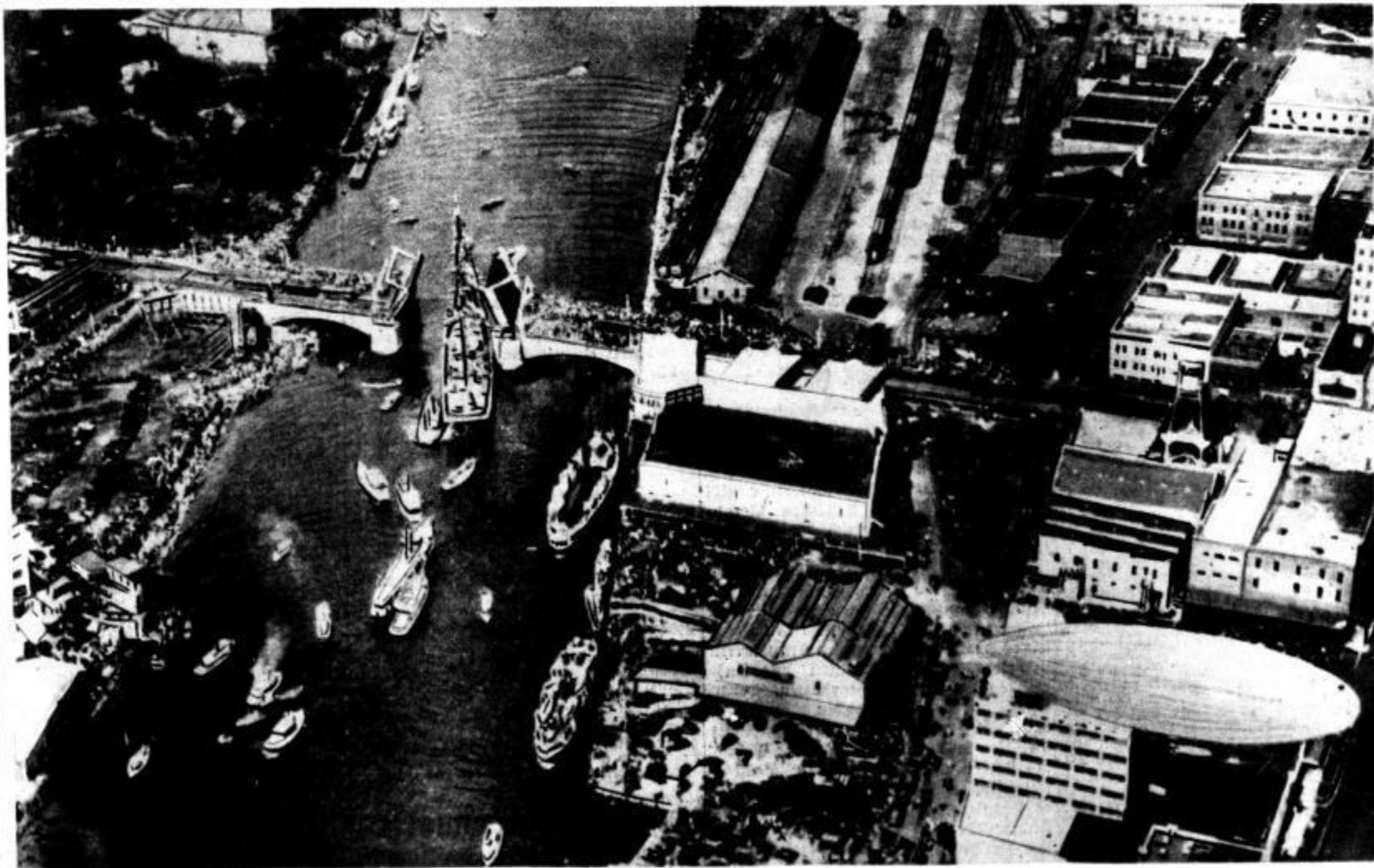
Wer macht das Sorgenkind lebensfähig?

In einem Artikel „Das Sorgenkind: Arbeitslosenversicherung“, schreibt der Bundesvorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Ange-

stellten, Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider, u. a.: Der Gedanke eines „Notopfers“ der Festbeschäftigten zugunsten der Arbeitslosen sei durchaus erwägenswert. Es sei eine Ehrenpflicht der Beamten und aller anderen in unklügelbaren Stellungen befindlichen Festbeschäftigten, den Opfern der Arbeitslosigkeit zu helfen. Neben dem zugesagten Zuschuß von 150 Millionen Mark und dem Ertrag der halbprozentigen Beitragserhöhung bis zum 30. Juni in Höhe von 35 Millionen Mark blieben noch 135 Millionen ungedeckt. Um diesen Fehlbetrag zu decken, wäre eine Beitragserhöhung von 3% auf 4 v. O. bis zum 31. März 1931 notwendig, die 140 Millionen Mark erbringen würde. Das sei, wenn der Reichshaushalt durchaus entlastet werden soll, die einfachste Lösung, aber die einfachsten Lösungen seien in Deutschland bekanntlich immer die schwierigsten. An eine Verminderung der Leistungen könne nicht gedacht werden, sie bringe praktisch nur eine Verschiebung der Lasten zu ungunsten der Städte.

Das Reich habe die Pflicht, mit allen seinen Steuermitteln einzugreifen.

Wenn der Reichsfinanzminister mit der gleichen Entschlossenheit, mit der er in den Sozialhaushalt eingegriffen möchte, den Haushalt des einzelnen Arbeitenden decken könnte, könnte er leicht die Mittel für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung beschaffen.



Das Seeräuberfest in Tampa (Florida)

Einem alten Brauch entsprechend, wird in Tampa jedes Jahr die Wiederkehr der Stadt von Seeräubern gefeiert, die vor Zeiten den Ort brandschatzten. — Das Bild ist eine Luftaufnahme von den Festlichkeiten. Man sieht im Mittelpunkt das „Piraten-Schiff“, eine getreue Nachbildung des Seeräuberschiffes, wie es auf dem Hillsboro-Fluß die große Zugbrücke passiert und an den von Menschen überfüllten Ufern entlang fährt.